

**Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002****Prävention und Gesundheitsförderung**

Die Fraktionen der SPD und der CDU haben unter Drucksache 15/1124 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

1. Welche Bedeutung misst der Senat der Gesundheitsförderung und Prävention zu?

Der Senat sieht in Prävention und auch Gesundheitsförderung elementare Bausteine des Gesundheitswesens, gleichberechtigt neben Diagnostik und Behandlung sowie Rehabilitation. Der Senat hält entsprechende Bemühungen für dringend geboten und unterstützt diese in den zuständigen Ressortbereichen nach Kräften.

Prävention ist ein zentrales Anliegen der Bremer Gesundheitspolitik. Überregional beachtete Präventionsprojekte, wie z. B. das Mammographie-Screening stehen dafür, dass das Land Bremen der gesundheitlichen Vorsorge hohe Priorität einräumt. Mit dem Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) beheimatet die Hansestadt zudem international renommierten Sachverstand.

Prävention und Gesundheitsförderung verstehen sich als komplementäre Elemente.

Prävention umfasst alle zielgerichteten Maßnahmen, die eine bestimmte gesundheitliche Schädigung verhindern, weniger wahrscheinlich machen oder verzögern. Ziel ist die Verringerung vermeidbarer Krankheiten, die Verringerung von Behinderung und vorzeitigem Tod sowie ein möglichst langer Erhalt der Selbständigkeit im Alter.

Dabei werden drei Ebenen unterschieden

- Primärprävention: Generelle Vermeidung bestimmter Erkrankungen;
- Sekundärprävention: Entdeckung/Vermeidung einer Folgeerkrankung bzw. eines Wiedereintritts;
- Tertiärprävention: Verhütung einer Verschlimmerung einer bestehenden Erkrankung.

Prävention ist eng und ergänzend mit Gesundheitsförderung verknüpft. Während Prävention vorrangig auf die Vermeidung von Krankheiten zielt, orientiert sich Gesundheitsförderung an der Stärkung von Gesundheitsressourcen („salutogener“ Ansatz). Gemeinsames Ziel ist die Gesundheit des Menschen.

Der Senat sieht sich bei dieser Sichtweise im Einklang mit namhaften Initiativen wie z. B. dem Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen sowie den Ergebnissen des Runden Tisches im Gesundheitswesen. Bremen unterstützt darüber hinaus eine aktuelle Initiative des Bundesrates, in der der Stellenwert von Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland betont wird.

Der Runde Tisch hat im April 2002 unter der Moderation des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) im Hinblick auf Prävention und Gesundheitsförderung Empfehlungen für eine bundesweite Strategie vorgelegt. Hierbei wurden neben Plänen für eine Bündelung der vielfachen Initiativen zu Prävention und Gesundheitsförderung („Forum“) auch Vorschläge für eine Organisationsstruktur erarbeitet, die sich unter anderem der finanziellen Problematik widmen wird. Darüber hinaus betont das Bundesministerium für Gesundheit die Notwendigkeit eines Präventionsgesetzes.

2. Wie bewertet der Senat das Potential von Gesundheitsförderung und Prävention hinsichtlich des gesundheitlichen Ertrags und hinsichtlich finanzieller Einsparungen im Gesundheitswesen?

Der gesundheitliche Ertrag von Gesundheitsförderung und Prävention gilt fachlich als unstrittig.

Obwohl Schätzungen von Experten besagen, dass durch verstärkte Investitionen in lang- und mittelfristige Prävention ein erheblicher Anteil der heute entstehenden Gesundheitsausgaben in Deutschland vermieden werden könnten, sind verbindliche ökonomische Prognosen eher unsicher und in ihrem Stellenwert zu hinterfragen.

Der Senat geht davon aus, dass bei der Prävention einzelner Erkrankungen finanzielle Einsparungen möglich sind. Inwieweit durch konsequente Prävention tatsächlich und vor allem langfristig erhebliche Kosten eingespart werden können, ist derzeit unklar.

Prävention und Gesundheitsförderung sind aber unzweifelhaft erfolgreiche Strategien zur Verbesserung der Lebensqualität.

3. Welche Kenntnisse hat der Senat über Bremer Aktivitäten zur Prävention und Gesundheitsförderung im oben beschriebenen Sinne? Unterstützt der Senat diese Aktivitäten und wenn ja, wie?

Prävention und Gesundheitsförderung sind zentrale Anliegen der Bremer Gesundheitspolitik.

In beiden Bereichen werden zahlreiche stadtteilorientierte und/oder zielgruppenspezifische Maßnahmen durchgeführt. Angebote werden vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, von den Schulen, von den Krankenkassen, den Gesundheitsämtern als kommunale Einrichtungen sowie von freien Trägern vorgehalten bzw. angemessen unterstützt.

Exemplarisch soll dies an folgenden Projekten dargestellt werden:

— **Aktionsbündnis „Alkohol — Verantwortung setzt die Grenze“**

Die Bürgerschaft hat mit Beschluss vom 24. Februar 2000 die Inhalte und Zielsetzungen des von der Gesundheitsministerkonferenz im Jahr 1997 einstimmig beschlossenen Aktionsplanes „Alkohol“ übernommen.

Das Aktionsbündnis Alkohol zielt vor allem auf eine Bewusstseinsveränderung.

Die Ziele bestehen in der Entwicklung und Förderung eines Problembewusstseins gegenüber einem schädlichen Umgang mit Alkohol. Darüber hinaus erfolgt ein Hinterfragen der Trinkmotive (Funktionalität) von Alkohol sowie eine Förderung der Punktnüchternheit in bestimmten Situationen und in spezifischen Lebensräumen.

Beispielhaft sei die Jugendkampagne „Irgendwann ist der Spaß vorbei“ mit dem Wettbewerb „Volle Pulle kreativ“ mit zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Präsentationen erwähnt.

— **Selbsthilfeförderung im Bereich „Gesundheit, Krankheit und Behinderung“**

In Bremen und Bremerhaven werden zur Prävention und Gesundheitsförderung unter Einbindung der Gesundheitsämter zahlreiche Aktionen im Bereich „Gesundheit, Krankheit und Behinderung“ durchgeführt. Hierbei erfahren Selbsthil-

fegruppen eine fachliche sowie finanzielle Unterstützung, (siehe auch die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 18. Mai 2000 „Selbsthilfe im Gesundheitswesen“).

— **Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS)**

Das renommierte Institut engagiert sich in vielfältiger Weise im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung.

Beispielhaft hervorzuheben sind Projekte zu

- Ernährung in Kindertagesheimen, zum Teil unter der Schirmherrschaft des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales,
- Förderung des Nichtrauchens in der Schwangerschaft und bei Eltern von Säuglingen,
- Allergien und Atemwegserkrankungen (Abschätzung der Häufigkeit allergisch bedingter Haut- und Atemwegserkrankungen mit Allergieberatung),
- Bremer Brustkrebsscreening-Programm (BBSP).

In Bremen besteht seit 2000 ein Modellprojekt zur röntgenologischen Früherkennung von Brustkrebs (Mammographie). Die Gesamtkosten des Modellprojekts für die Laufzeit von drei Jahren betragen 8,3 Mio. DM.

70.000 Frauen im Alter von 50 bis 69 werden in zwei Screening-Zentren eingeladen. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet, das Angebot von unabhängigen frauenspezifischen Beratungsstellen ergänzt.

Das Projekt ist eines von bundesweit drei Modellen, die im Auftrag des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen die europäischen Leitlinien zur Qualitätssicherung des Mammographie-Screenings umsetzen sollen.

— **Zahnprophylaxe im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege im Lande Bremen e. V. (LAJB)**

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ist Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege im Lande Bremen e. V. (LAJB). In Umsetzung der Ergebnisse der epidemiologischen Begleituntersuchungen zur Gruppenprophylaxe 2000 werden Maßnahmen zur zahngesundheitlichen Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven ergriffen.

— **Gesundheitsamt Bremen**

Im Bereich HIV/AIDS und sexuell übertragbarer Krankheiten erfolgt eine Bewertung aus aktueller Sicht unter dem Eindruck eines veränderten Verhaltens (Ergebnis der „Normalisierung“ von AIDS) und seit Anfang der 90er Jahre veränderter Voraussetzungen z. B. im Bildungs- und im Jugendbereich. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Bestandsaufnahme und Analyse des Handlungsbedarfs.

Das Ziel besteht in einer Anpassung und Aktualisierung der Präventionsbemühungen in der Stadt Bremen durch Thematisierung, Beratung von und Kooperation mit Schule, Jugendhilfe sowie anderen Sektoren. Hierfür ist ein Zeitrahmen von: Sommer 2002 bis Sommer 2003 vorgesehen.

Im Bereich Selbsthilfe- und Gesundheitsförderung erfolgt eine Projektentwicklung für benachteiligte Zielgruppen mit schlechtem Zugang zu Gesundheitsinformationen, Beratungsleistungen und gesundheitsfördernden Maßnahmen (siehe auch die Antwort zu Frage 6).

Handlungsbedarf besteht auch vor dem Hintergrund der immer deutlicher werdenden Teilung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, die beispielsweise auch neue Medien nutzen und Gruppen, die dies nicht können. Die Konkretisierung steht noch aus.

Im Bereich Zuwanderer wird derzeit mit Unterstützung des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ein Gesundheitswegweiser für Migranten erstellt.

Zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen bestehen Unterschiede im Erkrankungsspektrum und im Bewältigungsverhalten gesundheitlicher Probleme. Dies verbindet sich mit sozialen Problemlagen.

Das Gesundheitsamt Bremen sucht Mittel und Wege, Migrantengruppen gezielt mit Präventionsmaßnahmen anzusprechen. Dazu soll mit regionalen Einrichtungen in Schwerpunktstadtteilen und mit engagierten Migranten zusammengearbeitet werden.

Gesundheit und Umwelt:

Regelmäßige Präventionsangebote bilden die offenen Beratungsangebote sowie die in den letzten Jahren erstellten Informationsmaterialien zu unterschiedlichen Themenbereichen.

Konkret zu nennen sind Beratungen

- zum gesundheitlichen Umweltschutz,
- zu Fragen der Ernährung,
- zu Infektionskrankheiten, hier speziell den meldepflichtigen Erkrankungen und
- zu Schädlings- und Parasitenbefall.

Die im Infektionsschutzgesetz festgelegte Belehrung im Gesundheitsamt für Beschäftigte im Lebensmittelbereich dient ebenfalls der Infektionsprävention.

Weitere Aufgaben mit präventiver Intention bilden die Trink- und Badewasserüberwachung, die Bauleitplanung und die regelmäßige Begehung von Gemeinschaftseinrichtungen, bei denen die Überprüfung der geforderten Hygienestandards eine wichtige infektionspräventive Rolle einnimmt.

Neben den regelhaften Aufgaben und Angeboten werden in Fortbildungsveranstaltungen zu ausgewählten Themen primäre Präventionsansätze vermittelt; z. B. Impfseminare für Ärzte, sowie Veranstaltungen in Krankenhäusern zu Hygiene und Infektionsprävention.

#### — **Gesundheitsamt Bremerhaven**

Durch das Gesundheitsamt Bremerhaven erfolgt eine Förderung des Bremerhavener Topfes für Selbsthilfegruppen und Vereine sowie sonstige Träger von Präventionsangeboten wie z. B. Arbeiterwohlfahrt Bremerhaven, Leben mit Krebs und Multiple-Sklerose-Beratungsstelle.

Für den Bereich „Prävention und Gesundheitsförderung“ im Sinne der aufsuchenden Sozialarbeit gibt es entsprechende telefonische Beratung für AIDS und sexuell übertragbare Erkrankungen sowie persönliche Beratung von Einzelpersonen oder Paaren verbunden mit HIV-Test. Darüber hinaus bietet das Gesundheitsamt Aufklärung an Schulen an und ist eingebunden in die Suchtprävention insbesondere im Rahmen des Aktionsbündnisses „Alkohol“.

Das Gesundheitsamt berät ältere Personen über behindertengerechtes Wohnen, Ernährung, Möglichkeit der Aktivierung und Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft und dies insbesondere für die Hochbetagten, chronisch Erkrankten sowie Angehörige.

Der Bereich gesundheitlicher Umweltschutz stellt sich jedes Jahr im Rahmen der Bremerhavener Gesundheitswoche dar und bietet entsprechende Beratungsangebote über Tattoo und Piercing, Tuberkuloseberatung, Infektionsgefahren sowie Beratungen über Raum-Innenluftproblematiken an.

Die Arbeit der Familienhebammen als ein sehr frühes Angebot zur Unterstützung Schwangerer und Familien mit Kindern wird als Präventionsangebot angesehen.

Ebenfalls werden Schwerpunkte gesetzt bei Bindungsstörungen, um frühzeitig der Gewaltentwicklung bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen.

In den Kindertagesstätten werden entsprechende Beratungen zum Thema kindgerechte Ernährung angeboten.

Impfberatung erfolgt durch das Gesundheitsamt insbesondere für Besucher des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes. Entsprechende Impfaktionen in den Bremerhavener Schulen sind zur Vervollständigung des Impfschutzes zu betrachten.

Im Rahmen der schulzahnärztlichen Prävention gibt es verschiedene Modellprojekte im Zusammenwirken mit der Landesarbeitsgemeinschaft zur Jugendzahnpflege (LAJB). Besonderer Wert wird hierbei auf eine Erreichbarkeit besonders bedürftiger Personen gelegt.

Für Drogen und Sucht gibt es unterstützte Beratungsangebote, die in der Trägerschaft der AWO bzw. der Brücke verankert sind. Darüber hinaus sind Präventionsprojekte mit dem Schulamt geplant bzw. schon im Entstehen. Perspektivisch ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit Schülern und Jugendlichen vorgesehen.

#### — Hörscreening

In Deutschland besteht derzeit das Problem, dass Hörschädigungen oftmals erst zwischen dem zweiten und dritten Lebensjahr festgestellt werden. Diagnostik und entsprechende Behandlungsstrategien erfolgen zu spät. Die Konsequenzen für die Betroffenen sind gravierend, vor allem im Hinblick auf zeitlich verzögerte Fördermaßnahmen mit Defiziten in der weiteren Entwicklung.

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales verfolgt das Ziel der flächendeckenden Einführung eines Hörscreening-Programms für sämtliche Neugeborene und Säuglinge in Bremer Krankenhäusern mit Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe sowie in den Kliniken für Kinder- und Jugendmedizin.

Eine Projektgruppe aus Expertinnen und Experten unter Federführung des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales erarbeitet derzeit eine entsprechende Konzeption.

#### — Neuroblastom — Screening

Auch in der Vergangenheit hat sich das Land Bremen an Screeningprojekten beteiligt. Beispielhaft ist hier die Teilnahme am Neuroblastom-Screening aufgeführt. Das Neuroblastom ist eine Krebsform des frühen Kindesalters.

Ein multizentrisches Modellprojekt mit dem Ziel eines Neuroblastomscreenings zwischen dem 10. und 12. Lebensmonat umfasste einen Zeitraum von Mai 1995 bis April 2001. Das Land Bremen beteiligte sich jährlich mit ca. 3.000 DM.

Die Durchführung des Projektes erfolgte mit Unterstützung des BMG, wurde durch die Deutsche Krebshilfe getragen sowie gefördert durch die gesetzlichen Krankenkassen, die private Krankenversicherung und die Gesundheitsministerien der Länder, (Bremen, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein).

4. Welche Aktivitäten hat der Senat entwickelt bzw. wird er entwickeln, um, wie oben ausgeführt, Motivierung und Mobilisierung der Bevölkerung im Sinne von Prävention und Gesundheitsförderung zu wecken bzw. zu steigern?

Siehe Antwort zu Frage 6.

5. Wie beurteilt der Senat die Aufforderung des Sachverständigenrats für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen zum Aufbau einer integrierten betrieblichen Gesundheitsförderung, und welche Unterstützung leistet er hierzu bzw. beabsichtigt er hierzu zu leisten?

Der Senat befürwortet den Aufbau einer integrierten betrieblichen Gesundheitsförderung und konstatiert bereits vielfache Bestrebungen in den Betrieben des Landes mit einem hohen Grad an Eigenständigkeit.

Im August 1998 wurde von der ehemaligen Senatskommission für das Personalwesen (SKP) im Zuge der strategischen Personalentwicklung ein Rahmenkonzept „Gesundheitsförderung im bremischen öffentlichen Dienst“ im Sinne einer Unterstützung betrieblicher Gesundheitsförderung erarbeitet.

Zwischen der SKP und dem Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen wurde eine Vereinbarung zur modellhaften Erprobung des Rahmenkonzepts geschlossen.

Die Kommunalen Krankenhausbetriebe haben — neben anderen Bremischen Einrichtungen, wie z. B. der JVA oder Stadtgrün — an der Erprobung teilgenommen und das vorgelegte Konzept geprüft.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Krankenhausbetriebe der betrieblichen Gesundheitsförderung einen hohen Stellenwert beimessen, das Konzept jedoch nicht in allen Komponenten übernommen, sondern hauseigene Konzeptionen stufenweise umgesetzt haben.

6. Was unternimmt der Senat bzw. was beabsichtigt er zu unternehmen, um hinsichtlich Prävention und Gesundheitsförderung möglichst alle Bevölkerungsschichten, also auch diejenigen zu erreichen, die von sich aus wenig Aktivitäten in diese Richtung entfalten?

Der Senat kennt die Schwierigkeit und die Herausforderung, mit Angeboten zur Prävention und Gesundheitsförderung vor allem Menschen in sozial benachteiligten Schichten zu erreichen. Ein umfassend gültiger und allseits bewährter Lösungsansatz existiert nicht.

Die Problematik besteht in dem oftmals zu beobachtenden Phänomen, dass Angebote vorrangig von denjenigen in Anspruch genommen werden, die ohnehin sorgsam auf ihre Gesundheit achten, während die „Bedürftigen“ durch die Angebote nur schwer erreicht werden.

Der Senat betont aktuell wie auch perspektivisch die Notwendigkeit einer Fokussierung der Bemühungen auf die niedrigschwellige Ausgestaltung von Angeboten/Projekten zur Prävention und Gesundheitsförderung. Hierbei ist besonderes Augenmerk auf die Evaluation von Effizienz und Effektivität der Angebote zu richten. Im Vordergrund muss dabei die qualitative und quantitative Bewertung von Zugangsmöglichkeiten bei sozial schwachen Bürgerinnen und Bürgern stehen, um diese Zielgruppe perspektivisch besser erreichen zu können.

Das Landesinstitut für Schule betreut seit mehreren Jahren im Auftrag des Senators für Bildung und Wissenschaft sowie ab 2002 mit Unterstützung des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales das Anti-Tabak-Projekt „Be smart — don't start“ an Bremer Schulen.

Hierbei wie auch bei dem soeben bundesweit angelaufenen Projekt „Rauchfrei 2002 — 10.000 Euro zu gewinnen“ erreichen derartige Modellvorhaben über niedrigschwellige Angebote eine Zielgruppe (hier: Kinder und Jugendliche), die sich nicht vorrangig oder aus eigenem Antrieb um Belange von Prävention und Gesundheitsförderung kümmert.

Siehe auch die Antworten zu den Fragen 3 und 7.

7. Welche Bedeutung misst der Senat Prävention, Gesundheitsförderung und -erziehung insbesondere von Kindern und Jugendlichen bei, und wie befördert er diese Themen und deren Realisierung in den genannten Bereichen bzw. wie beabsichtigt er diese zu befördern?

In Bremer Schulen gibt es bereits eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Projekte und Modelle, die auf gesundheitsfördernde Bewegung und Ernährung zielen. Zahlreiche Kooperationen beispielsweise mit Krankenkassen und Sportvereinen sind Indiz für das breite gesellschaftliche Interesse an diesem Thema.

Trotz vieler guter Beispiele und Erfahrungen ist es bislang jedoch nicht gelungen, die Themen Bewegung und gesunde Ernährung nachhaltig in allen Schularten und -stufen zu verankern. Gerade wegen der durchweg positiven Resonanz auf bestehende Angebote müssen im Sinne einer ganzheitlichen und effektiven Prävention Schülerinnen und Schüler in Bremen und Bremerhaven verstärkt an gesunde Ernährung und Bewegung herangeführt werden.

Der Senat verweist in diesem Zusammenhang auf die Große Anfrage (Drs. 15/641) vom 28. Februar 2001 zur „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Entwicklung, Bewertung und Prävention“.

Als wesentliche Erkenntnisse aus der Anfrage wurden ein deutliches Übergewicht sowie ein ausgeprägter Bewegungsmangel bei Bremer Kindern und Jugendlichen bestätigt.

Als Konsequenz plant der Senat eine Gesundheitsoffensive in Bremer Schulen. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales beabsichtigt gemeinsam mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft unter Hinzuziehung des Bremer Instituts für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS), hierzu ein Konzept für alle Schularten und Schulstufen des Landes Bremen auszuarbeiten. Eine Evaluierung der Gesundheitsoffensive ist Bestandteil der Konzeption.

Für die Gesunderhaltung von Kindern und Jugendlichen tragen die Eltern, aber auch Kindertagesstätten und Schulen eine besondere Verantwortung. Die Grundlagen für eine möglichst stabile Gesundheit werden in der Kinder- und Jugendzeit gelegt. Erfahrungen, die junge Menschen machen, wirken häufig prägend für das gesamte weitere Leben. Bewegung und gesunde Ernährung tragen wesentlich zur Verhütung von Krankheiten bei.

Es ist daher besonders sinnvoll, schon Schülerinnen und Schüler zu motivieren, sich gern und oft zu bewegen sowie gesund zu ernähren. Es liegt nahe, mit einer umfassenden, alle Lebensbereiche betreffende Präventionspolitik genau hier anzusetzen.

Im Bereich der Jugendförderung werden im Alltag immer wieder auch lebenspraktische Fragen mit den Mädchen und Jungen besprochen, z. B. solche, die sich mit den Themenkreisen richtige Ernährung, Suchtmittel, Fitness und Bewegung und Körperpflege beschäftigen.

Die Nutzung dieser Gelegenheiten wird vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales vor allem deshalb für präventiv sehr wirksam gehalten, weil stets der unmittelbare Bezug zur Clique und Peergroup und damit eine für das Gesundheitsverhalten von Jugendlichen handlungsrelevante Einflussgröße angesprochen wird.

Im Zuge des Anpassungskonzeptes für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen bis 2006 wurde mit der Schwerpunktsetzung auf „Jugend und Bewegung“ eine verstärkte Förderung offener sportbezogener Freizeitaktivitäten (z. B. Sportgarten, Fun-Park) und die verbesserte Zusammenarbeit von Jugendeinrichtungen mit Sportvereinen in den Stadtteilen eingeleitet, die ebenfalls gesundheitsförderliche Wirkungen erzielen soll.

Sport hat eine große Bedeutung für die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einerseits und die Erhaltung der Gesundheit Erwachsener bis ins hohe Alter andererseits. Die Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten wird erhöht. Regelmäßige Bewegung hat günstige Auswirkungen auf das Herz-Kreislauf-System (mit Präventionswirkung gegen Herzinfarkt und Schlaganfall), den Stoffwechsel und die Atmungsorgane. Bewegung ist eines der besten Präventionsmittel überhaupt. Besonders wirksam ist das moderate Ausdauertraining z. B. durch Jogging, Walking, Schwimmen, Fahrradfahren, Skilanglauf usw. Menschen, die regelmäßig körperlich aktiv sind, fühlen sich besser und sind weniger gestresst. „Bewegte“ Menschen haben auch weniger Krankheitstage als eine vergleichbare Gruppe „unbewegter“ Menschen.

Im Wirkungsbereich des Landessportbundes Bremen (LSB) werden als Vorbeugung bzw. zur Behebung gesundheitlicher Defizite (z. B. Bewegungsmangel) von Kindern und Jugendlichen spezielle Programme angeboten:

- Programm des Deutschen Turnerbundes „Junge Familien in Schwung“, in dem u. a. der Aufbau von Bewegungslandschaften für Kinder erfolgt. Bei diesem Projekt geht es darum, Familien in den einzelnen Stadtteilen niedrigschwellige Angebote in Sportvereinen zu bieten.
- Angebote für übergewichtige Kinder in verschiedenen Vereinen.

Der Deutsche Sportbund hat das Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“ entwickelt. Mit diesem Qualitätssiegel intensiviert der organisierte Sport seine Bemühungen um eine hohe Qualität der Angebote und die laufende Qualitätskontrolle. Zusammen mit der Bundesärztekammer wurden Programme zur Primärprävention entwickelt, die die Gesundheit der Teilnehmenden fördern und sie vor Krankheiten schützen.

In Bremen besteht seit Beginn des Jahres 2002 eine Kooperation zwischen dem Landessportbund Bremen und der Ärztekammer Bremen. Bremer und Bremerhavener Vereine bieten eine Auswahl an qualifizierten, gesundheitsorientierten Bewegungsangeboten. Im Juni 2001 haben die Spitzenverbände der Krankenkassen beschlossen, Angebote der Themen

- Bewegung zur Förderung der Herz-Kreislauf-Funktion,
- Bewegung zur Förderung des Muskel-Skelettsystem

mit dem Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“ als förderungswürdig anzuerkennen. Zahlreiche Krankenkassen in Bremen kommen dieser Empfehlung nach.

Das Kursangebot an gesundheitsfördernden Bewegungsangeboten wird nach einer Schätzung des Landessportbundes Bremen von ca. 12.000 Bremerinnen und Brethern wahrgenommen. 29 Vereine in Bremen und Bremerhaven beteiligen sich mit besonderen Kursangeboten (z. B. Kreislauftraining, Wirbelsäulengymnastik, Wassergymnastik) im Rahmen des Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“ und leisten einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag zur Prävention und Rehabilitation.

Das gilt in gleichem Maße für die Gesamtheit der über 400 im Landessportbund Bremen organisierten Vereine mit ihren Sportangeboten für rd. 188.000 Mitglieder. Die ca. 400 Sportvereine mit ihrer hohen Breitenwirkung leisten daher einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheitsförderung des Einzelnen. Sie nehmen in der Lebensgestaltung wie in den Perspektiven für die Gesellschaft eine wichtige Rolle ein, die in Zukunft noch gewichtiger werden wird.

8. Welche Mittel standen durch die Krankenkassen im Jahre 2001 für Prävention und Gesundheitsförderung im Lande Bremen zur Verfügung, und welche qualitätsgesicherten Projekte der Krankenkassen wurden damit umgesetzt?

Für die Beantwortung dieser Frage stehen dem Senat lediglich die Daten der Krankenkassen mit Sitz im Lande Bremen zur Verfügung.

Dabei handelt es sich um die AOK Bremen/Bremerhaven, die landesunmittelbaren Betriebskrankenkassen Unterweser, STN ATLAS Elektronik, Bremer Straßenbahn AG sowie Beck und Co., die Handelskrankenkasse Bremen sowie die bundesunmittelbare Innungskrankenkasse Bremen und Bremerhaven. Daten von nicht im Lande Bremen ansässigen Krankenkassen konnten nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die genannten Krankenkassen haben im Jahre 2001 für Prävention und Gesundheitsförderung nach eigenen Angaben Mittel in Höhe von mehr als 1,13 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Für die einzelnen Krankenkassen betrug der Anteil der Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung zwischen 0,02 und 0,11 vom Hundert der gesamten Leistungsausgaben.

Die Krankenkassen förderten mit den bereit gestellten Mitteln insbesondere Präventions- und Gesundheitskurse, deren Qualität und Qualifikation dem Handlungsleitfaden der Spitzenverbände zur Umsetzung von § 20 Abs. 1 und 2 SGB V entsprechen.

Die Kurse wurden teilweise in eigener Planung und Verantwortung, teilweise in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen angeboten und durchgeführt. Daneben engagierten sie sich im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung.